

BEWÄLTIGUNG DER CORONA-KRISE: GESUNDHEIT SCHÜTZEN – EXISTENZEN SICHERN

POSITIONSPAPIER DER SP SCHWEIZ

Verabschiedet an der digitalen Delegiertenver-
sammlung vom 13. Februar 2021



ZUSAMMENFASSUNG CORONA-POSITIONSPAPIER

Die Schweiz ist in vielem ein Sonderfall, bei der Bekämpfung einer globalen Pandemie darf sie es jedoch nicht sein. Bereits sind hierzulande über 7000 Menschen am Corona-Virus gestorben. Das ist beschämend und tragisch zugleich. Die Schweiz hat es nicht geschafft, sich auf die zweite Welle vorzubereiten, weder politisch, institutionell noch in Bezug auf das Gesundheitswesen. Hinzu kommt, dass bislang keine wirksamen Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie getroffen wurden. Der «Schweizer Weg» muss also als gescheitert bezeichnet werden. Gleichzeitig ist der Handlungsbedarf gross.

Es ist eine Hauptaufgabe für die SP als politische Partei, die Auswirkungen der Pandemie abzufedern und den betroffenen Menschen eine Perspektive zu geben. Auch die SP wollte die Wucht der zweiten Welle lange nicht wahrhaben. Schlimmer war und ist jedoch das Verhalten der rechtsbürgerlichen Parteien: auf Druck der Wirtschaftsverbände stemmen sie sich aktiv gegen die Pandemiebekämpfung. Im selben Atemzug verhindern sie, dass die wirtschaftlich Betroffenen angemessen entschädigt werden. Das muss als politisches Totalversagen gewertet werden.

In diesem Positionspapier fokussiert die SP auf die unmittelbare Bewältigung der Corona-Krise und stellt Forderungen in den vier wesentlichen Bereichen Gesundheit, Arbeit, Service public sowie Föderalismus auf. Die Zahl der Erkrankten muss rasch und dauerhaft sinken – ansonsten werden tausende weitere Menschen sterben und hunderttausende Menschen ihre wirtschaftliche Existenz verlieren. Denn eine dritte oder vierte Welle darf es nicht mehr geben.

Gesundheit: Der Schutz der Menschen und ihrer Gesundheit müssen die politischen Entscheidungen lenken, nicht die Vermeidung von Entschädigungsleistungen. Es war und ist ein wiederkehrendes Versäumnis in der Corona-Krise, dass zu wenig auf die Wissenschaft gehört wurde und zu stark auf Lobbys und politische Interessen. Es gibt keinen Zielkonflikt zwischen Gesundheit und Wirtschaft. Im Gegenteil: Das wirksamste Hilfsprogramm für Unternehmen, Mitarbeitende und Selbständige sind sinkende Fallzahlen. Menschenleben können nicht in Geld aufgewogen werden.

Arbeit und Wirtschaft: Zur Eindämmung der Pandemie wird es weitere Einschränkungen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens geben. Das ist bedauerlich, aber leider unvermeidlich. Die Schliessung von Branchen und Betrieben ist ein Dienst an der Allgemeinheit. Sie dient kurzfristig dem Schutz der Gesundheit und langfristig dem Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Zentral ist, dass die Schweiz das nötige Geld zur Verfügung stellt, um alle von der Corona-Krise betroffenen Menschen und Unternehmen, die unverschuldet in finanzielle Nöte geraten sind, zu entschädigen. Das gilt insbesondere für besonders betroffene Sektoren wie die Kulturbranche, die durch den Lockdown faktisch zum Stillstand gekommen sind. Kurz: Schliessen, wenn nötig, und Ausfälle rasch und wirkungsvoll entschädigen.

Service public: Als das Land im März plötzlich stillstand, spendete die Schweiz von den Balkonen aus all jenen Menschen Applaus, ohne die unsere Gesellschaft nicht funktioniert: Pflegefachleute, Ärztinnen, Apothekenpersonal, Pöstlerinnen, Strassenreiniger, Busfahre-

rinnen, Supermarkt-Kassierer und viele mehr – sie mussten trotz Lockdown weiter an ihrem Arbeitsplatz erscheinen, vielfach unter prekären Bedingungen. Viele dieser Berufe haben eines gemeinsam: Sie sind zu wenig gut bezahlt und die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Die mit dem KVG eingeführte Konkurrenzlogik hat den Service public geschwächt, eine Verbesserung ist dringend nötig. Die öffentliche Infrastruktur ist systemrelevant und darum Teil des Service public. Dazu gehören auch Bereiche, die heute noch nicht als Service public anerkannt werden wie beispielsweise die Kinderbetreuung.

Politische Institutionen: Die Corona-Krise und deren Bekämpfung in den Kantonen hat Schwachstellen des Föderalismus schonungslos offengelegt: Flickenteppiche bei den Massnahmen, fehlende Kompetenzen und Zaudern beim Aktivwerden aus Angst vor zu tragenden Kosten – der Föderalismus hat nicht dazu geführt, der Bevölkerung und den Unternehmen ein Mindestmass an Planungssicherheit zurückzugeben. Der Bundesrat muss darum bis zum Ende der Corona-Krise seine Führungsverantwortung wieder übernehmen und landesweit einheitliche, wissenschaftlich fundierte und verständliche Massnahmen durchsetzen. Es braucht verlässliche Regeln, die von der Bevölkerung verstanden, akzeptiert und befolgt werden können.

EINLEITUNG: DIE CORONA-SITUATION IN DER SCHWEIZ IST UNHALTBAR: DIE ZAHLEN MÜSSEN DAUERHAFT RUNTER!

Anfang 2021 ist die Corona-Situation in der Schweiz sehr schlecht. Kaum ein Land verzeichnet höhere Fallzahlen und muss mehr Todesfälle beklagen. Allein seit Anfang Herbst 2020 sind über 5000 Menschen mit einer Corona-Infektion gestorben. Die Schweiz hat es politisch, institutionell und in Bezug auf das Gesundheitswesen verpasst, sich auf die zweite Welle vorzubereiten, vor der seit Monaten gewarnt wurde.

Nach der ersten Pandemie-Welle war in der Schweiz der Glaube weit verbreitet, wieder mal alles richtig gemacht zu haben. Das Gefühl, die Schweiz könne das Corona-Virus beherrschen, war fatal für die Vorbereitung der zweiten Welle. Unser Land, das sich gewohnt ist, globale Krisen und Katastrophen aus dem neutralen Beobachterposten zu verfolgen, wähnte sich einmal mehr verschont. Ein gefährlicher Mix aus Überheblichkeit und Sonderfalldenken machte sich in Politik und Gesellschaft breit. Kein europäisches Land lockerte im Frühling früher und weitgehender als die Schweiz. Und kaum ein Land zögerte im Herbst neue Einschränkungen länger hinaus. Selbst als die Fallzahlen im Oktober und November explodierten, schienen dies weite Teile unseres Landes nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen. Der Schock setzte später ein, als das Desaster nicht mehr übersehen werden konnte. Heute ist klar, dass der «Schweizer Weg» gescheitert ist. Die Schweiz ist in vielem ein Sonderfall, bei der Bekämpfung einer globalen Pandemie darf sie es jedoch nicht sein. Hoffentlich ist der Schock ein heilsamer: Die schweizerische Arroganz, angeblich immer alles besser zu wissen und zu machen als der Rest der Welt, hat sich in der Pandemie-Bekämpfung als gefährliches Hindernis erwiesen.

Wenn diese Krise vorbei ist, wird auch eine weitere schweizerische Eigenart kritisch analysiert werden müssen: Der Föderalismus. Das Prinzip, möglichst viele Angelegenheiten des täglichen Lebens dezentral zu regeln und zu entscheiden, hat viele Vorteile. Für die Bekämpfung einer globalen Gesundheitskrise taugt der Föderalismus jedoch nicht. Erst recht nicht, wenn die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen in «normalen» Zeiten zu wenig gepflegt wird. Dieser Mangel an Koordination ist heute leider die Regel. Im Gesundheitsbereich liegt der Grund dafür beim KVG, der die Kantone zu reinen Ausführungsorganen macht, die in der Krise nicht in der Lage sind, sich rasch zu koordinieren und zu handeln.

Die Krise hat drei Schwachstellen des Föderalismus offen gelegt: Erstens hält sich ein Virus nicht an Kantons Grenzen: In der kleinteiligen Schweiz ist es unsinnig und der Akzeptanz in der Bevölkerung abträglich, wenn sich die Regeln alle paar Kilometer ändern. Zweitens fehlt es schlicht an Kompetenz: Wenn schon Grossmächte mit der Bewältigung der Corona-Krise überfordert sind, dann gilt das erst recht für Kantone, in denen zum Beispiel die Kantonsarztstelle eine Teilzeitstelle ist. Drittens erwies sich der Föderalismus als «Chicken Game»: Kein Kanton wollte sich als erster bewegen, solange er die Kosten dafür tragen muss. Das Fazit ist klar: In einer Krise dieser Grössenordnung muss der Bund das Steuer übernehmen, gerade weil die interkantonale Zusammenarbeit zu wenig eingeübt ist.

Schliesslich muss sich auch die Politik kritisch hinterfragen. Die Selbstaflösung der Volksvertretung im März war kein Glanzlicht des Parlamentarismus. Ebenso wenig wie im Dezember die feierliche Erklärung des Nationalrats zur zulässigen Befüllung von Gondelbahnen. Auch die SP hat im Laufe der Krise Fehler gemacht. Auch wir wollten zu lange nicht wahrhaben, mit welcher Wucht uns die zweite Welle trifft. Doch dass die bürgerlichen Parteien, insbesondere SVP und FDP, auf Druck der Wirtschaftsverbände aktiv wirksame Massnahmen verhindert haben und weiter verhindern, muss als politisches Totalversagen gewertet werden. Schlimmer noch: Nicht nur stemmen sich die Rechtsparteien gegen ein Eindämmen der Pandemie, sie verhindern auch noch, dass die wirtschaftlich Betroffenen angemessen entschädigt wurden.

Darum ist die Lage heute schlecht, aber sie ist nicht hoffnungslos. Die Schweiz könnte Corona, das hat sie im Frühling bewiesen. Die Welle der Solidarität, die in der ersten Welle die gesamte Gesellschaft erfasste, war berührend und beeindruckend. Dafür gebührt der Schweizer Bevölkerung ein riesiger Dank! Dieser Dank schliesst explizit jene Menschen ohne Schweizer Pass mit ein, ohne die in der Krise das Gesundheitswesen oder der Service public nicht hätten funktionieren können.

Mittlerweile ist bekannt, welche Massnahmen es braucht, um die Fallzahlen rasch und dauerhaft zu senken. Denn die Fallzahlen müssen nicht nur schnell sinken, sie müssen auch dauerhaft tief bleiben. Wenn es dazu weitere Einschränkungen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens braucht, so ist das bedauerlich, aber leider unvermeidlich. Denn eine dritte oder vierte Welle darf es nicht mehr geben!

Schon heute sind viel zu viele Menschen gestorben, viel zu viele Menschen gesundheitlich dauerhaft geschädigt und viel zu viele Menschen stehen wirtschaftlich vor dem Nichts. Und nicht zu vergessen: Das Gesundheitspersonal leistet in der Corona-Krise seit Monaten einen immensen Einsatz. Viele Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, sind mittlerweile selbst am Limit, die Hilferufe aus Spitälern und Heimen mehren sich. Auch um die Gesundheit der Mitarbeitenden im Gesundheitsbereich zu schützen, müssen die Fallzahlen rasch und dauerhaft sinken.

Im Folgenden stellen wir unsere Forderungen in den vier Bereichen Gesundheit, Arbeit, Service public sowie Föderalismus vor. Zu Detailmassnahmen äussern wir uns in diesem Papier bewusst nicht. Das überlassen wir den Expert:innen sowie den gewählten Entscheidungsträger:innen. Aber nach einem Jahr globaler Pandemie sind die Massnahmen, welche die Fallzahlen senken, im Prinzip bekannt. Hingegen erachten wir es als Hauptaufgabe für uns als politische Partei, die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern und den betroffenen Menschen eine Perspektive zu geben.

1. GESUNDHEIT: DER SCHUTZ DER GESUNDHEIT HAT IN DER KRISE OBERSTE PRIORITÄT

Seit Beginn der Corona-Krise ist es ein Mantra der Bürgerlichen: Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie dürften nicht auf Kosten der «Wirtschaft» gehen. Noch Ende Oktober behauptete Finanzminister Ueli Maurer, die Schweiz könne nicht mehr Geld zur Corona-Bekämpfung ausgeben. Als ob Menschenleben in Geld aufgewogen werden könnten. Und als ob die Eindämmung der Pandemie teuer wäre. Viel teurer ist es nämlich, die Pandemie wüten zu lassen und danach die Trümmer zu beseitigen.

Anfang November schrieben 60 Ökonom:innen in einem offenen Brief an den Bundesrat unmissverständlich: *«Es scheint ein weitverbreitetes und tiefgreifendes Missverständnis hinsichtlich der ökonomischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu geben. Oftmals werden Kosten eines Lockdowns in die Argumentation eingebracht, die einen Zielkonflikt zwischen Wirtschaft und Gesundheit voraussetzen. Unserer Meinung nach, und insbesondere für die derzeitige epidemiologische Lage, in der sich die Schweiz aktuell befindet, ist diese Dichotomie falsch: Es gibt keinen Zielkonflikt.»*

Und auch die Science Task Force hielt am 14. November fest: *«Eine rasche Verringerung der Fallzahlen ist auch aus wirtschaftlicher Sicht wichtig. (...) Die empirische Evidenz aus der ersten Welle hat gezeigt, dass Volkswirtschaften mit weniger strengen Massnahmen wirtschaftlich mindestens ebenso stark betroffen sind und mehr Todesfälle zu beklagen haben.»*

Offensichtlich sah dies die bürgerliche Mehrheit, angeleitet von den Wirtschaftsverbänden, anders und entschied, die profitorientierte Wirtschaft über die Gesundheit der Bevölkerung zu stellen. Aus Angst vor ausbleibenden Profiten wurden die vorgeschlagenen Massnahmen nicht umgesetzt. Ausserdem setzten die Massnahmen immer zuerst dort an, wo es die Wirtschaft weniger schmerzt, nämlich bei den Freizeitaktivitäten, obwohl auch am Arbeitsplatz ein hohes Risiko für Ansteckungen besteht

Die SP teilt und unterstützt die oben zitierte Haltung der Wissenschaft – allerdings mit einem wichtigen Zusatz: Personen und Unternehmen, die von Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betroffen sind, müssen zwingend rasch und grosszügig entschädigt werden (mehr dazu in Kapitel 4).

Es war und ist ein wiederkehrendes Versäumnis in der Corona-Krise, dass zu wenig auf die Wissenschaft gehört wurde und zu stark auf Lobbys und politische Interessen. Damit muss Schluss sein! Gerade mit Blick auf die Impfstrategie braucht es eine evidenzbasierte und wissenschaftlich fundierte Politik und Kommunikation. Das Ziel muss sein, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Menschen zu impfen. Wer geimpft werden möchte, der soll ein Recht auf Impfung haben. Nur so kann das Corona-Virus wirkungsvoll bekämpft werden. Die Geschichte lehrt uns, dass Impfungen ein grosser Fortschritt sind und unendlich viel Leid verhindern. Um Skeptiker:innen vom Nutzen einer Impfung zu überzeugen, ist Aufklärung notwendig. Denn die Corona-Impfung ist ein Akt der Solidarität: Sie schützt die besonders gefährdeten Personen und ebnet uns allen die Rückkehr zur «Normalität». Die SP

ist überzeugt, dass mittels Aufklärung und wissenschaftlich fundierter Informationsarbeit eine hohe Durchimpfung der Bevölkerung erreicht werden kann.

Darum fordert die SP: Der Schutz der Menschen und ihrer Gesundheit müssen die politischen Entscheidungen lenken, nicht die Vermeidung von Entschädigungsleistungen.

- 1) Wenn es epidemiologisch notwendig ist, sollen Betriebe und Branchen **ohne Verzögerung geschlossen und dafür rasch und umfassend entschädigt** werden.
- 2) Die Kantone müssen ihre **Kapazitäten für Testing & Tracing endlich ausbauen und eine sinnvolle Strategie definieren, die auch «Backward Tracing» ermöglicht**. Der Bund soll verbindliche Ziele vorgeben, diese überprüfen und säumige Kantone büssen. Insbesondere soll der Bund breite Testaktionen zum Aufspüren unentdeckter Fälle, wie sie Graubünden durchgeführt hat, fördern.
- 3) Um die Verbreitung des Virus einzudämmen, ist es notwendig, so viele Tests zu machen wie nur möglich. Man kann nicht «zu viel» testen. **Darum müssen Corona-Tests für alle gratis sein, egal ob Symptome vorliegen oder nicht.**
- 4) Die Bevölkerung hat ein **Recht auf Corona-Impfung**. Insbesondere Menschen, die in «Risikoberufen» mit viel Kundenkontakt und ohne Möglichkeit im Home Office zu arbeiten, sollen sich prioritär impfen lassen können. **Bund und Kantone müssen die nötigen Impf-Kapazitäten sofort aufbauen und mit Information und Anreizen darauf hinwirken, dass sich möglichst viele Menschen möglichst bald impfen lassen**. Darum begrüsst die SP ausdrücklich, dass die Impfungen für die Bevölkerung gratis sind.
- 5) Die **Schutzkonzepte am Arbeitsplatz** müssen strenger überprüft und durchgesetzt werden. **Die kantonalen Arbeitsinspektorate müssen personell aufgestockt werden**, wie es die Internationale Arbeitsorganisation der UNO (ILO) vorschreibt: Pro 10'000 Arbeitsplätze braucht es eine Arbeitsinspektor:innen-Stelle.
- 6) Für viele Menschen haben Pandemie und Isolation gravierende psychische Auswirkungen. Laut einer Studie der Universität Basel hat der psychische Stress vor allem in der zweiten Welle deutlich zugenommen. Die **Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit** müssen genau beobachtet werden. Niederschwellige Beratungsangebote müssen ausgebaut werden, um verunsicherten Menschen eine Anlaufstelle zu bieten.
- 7) Auch droht ein Anstieg der häuslichen Gewalt an Frauen. **Schutzprogramme gegen Gewalt** müssen darum ausgebaut und leichter zugänglich gemacht werden.
- 8) Über die Langzeitfolgen des Corona-Virus ist noch wenig bekannt. **Die Schweiz muss die Forschung zu «Long Covid» intensivieren und die Betroffenen unterstützen**. Das geht von Reha-Programmen über Anpassungen der Sozialwerke bis zur Verhinderung von Diskriminierung Long-Covid-Betroffener bei der Krankenver-

sicherung. Zudem muss die Aufklärung der Bevölkerung über Langzeitschäden verstärkt werden.

- 9) Die Bekämpfung der Corona-Pandemie ist eine globale Aufgabe. Darum soll die Schweiz ihren **Beitrag an die Weltgesundheitsorganisation WHO substanziell und unilateral erhöhen**. Heute bezahlt die Schweiz zusätzlich zu ihrem Pflichtbeitrag einen freiwilligen Zusatzbetrag von 7,5 Millionen Franken pro Jahr. Vergleichbare Länder wie Schweden oder Norwegen leisten ein Vielfaches.
- 10) Der Impf-Nationalismus der reichen Länder auf Kosten der armen Länder ist ein humanitäres Fiasko. Darum muss sich **die Schweiz im Rahmen der Impfallianz GAVI sowie der globalen Initiative «Covid-19 Vaccine Global Access» (COVAX) für eine gerechte Verteilung der Impfstoffe** einsetzen.

2. ARBEIT UND WIRTSCHAFT: JOBS ERHALTEN, KAUFKRAFT SICHERN, KONJUNKTUR STABILISIEREN

Wie im vorherigen Kapitel ausgeführt, besteht die wirkungsvollste Massnahme zum Schutz von Arbeitsplätzen, Einkommen und Betrieben darin, die Pandemie einzudämmen und die Fallzahlen zu senken. Die Schliessung von Branchen und Betrieben ist ein Dienst an der Allgemeinheit. Sie dient kurzfristig dem Schutz der Gesundheit und langfristig dem Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Dieser Dienst an der Allgemeinheit gehört selbstverständlich entschädigt, und zwar wirkungsvoll, so dass Konkurse auch wirklich verhindert werden. Darum muss die Politik wegkommen vom Härtefall-Denken und der Einzelfallbetrachtung. Wir sind nicht in einer Situation, wo der Grossteil der Wirtschaft normal funktioniert und ein paar «Härtefälle» aufgefangen werden müssten. **Schliessen, wenn nötig, und Ausfälle rasch und wirkungsvoll entschädigen – das muss die Strategie sein.** Und zwar ohne teure und schwerfällige Kontrollbürokratie. Missbräuche können immer noch im Nachhinein mittels Stichproben-Kontrollen aufgedeckt und sanktioniert werden.

Die Forderung nach Unterstützungsleistungen an Kleinbetriebe versteht sich hierbei ganz klar Mittel zum Zweck: Im Zentrum der Sozialdemokratie steht nach wie vor der Mensch und nicht die private Wirtschaft. Jedoch ist sich die SP bewusst, dass das klassische Lohnabhängigkeitsverhältnis immer weniger als Regel angesehen werden kann – Scheinselbstständigkeitsverhältnisse, Eigenausbeutung in der «wirklichen» Selbstständigkeit und unregelmässige Arbeitsverhältnisse betreffen einen steigenden Teil der Bevölkerung. Für diese Menschen müssen wir uns einsetzen – Besitzende von grösseren Unternehmen und Menschen mit wesentlichem Kapitalbesitz haben schliesslich bereits die Rechtsbürgerlichen als Verbündete.

Trotzdem stellt eine verordnete Schliessung natürlich viele Unternehmen vor eine schwierige Situation. Eine Umfrage der SP bei über 400 KMU-Betrieben zeigt, dass die Auswirkungen der Corona-Krise über die unmittelbaren Folgen der Betriebsschliessungen hinausgehen. Das gemäss Umfrage häufigste Problem war, dass die Betriebe zwar offen bleiben durften, jedoch einen Kunden- und Umsatzrückgang zu verzeichnen hatten. Ausser-

dem wurden Lieferprobleme bei Lieferanten sowie Ausfälle von Mitarbeitenden aufgrund von Betreuungspflichten oft genannt.

Das zeigt die Bandbreite der Probleme auf, welche die Corona-Pandemie nach sich zieht. Die Schweiz hat im Frühling bezüglich Finanzhilfen schnell und richtig reagiert. Doch leider hat sich die damalige Hoffnung, nach ein paar Monaten wäre alles vorbei, als Illusion erwiesen. Massgeblich verantwortlich für diese Fehleinschätzung ist das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. Sie SECO-Führung war in ihrem neoliberal geprägten Denkkorsett gefangen und blieb über Monate hinweg untätig und unfähig zu kreativen und wirksamen Lösungen. In Kombination mit einem (führungs-)schwachen Wirtschaftsminister und überforderten Kantonen führte dies dazu, dass hunderttausende Betroffene viel zu lange auf Entschädigung warten mussten. Vor allem KMU und Selbständige konnten vom SECO wenig Unterstützung erwarten, während Grosskonzerne wie die Swiss mit massgeschneiderten Paketen gerettet wurden.

Besonders hart getroffen vom Lockdown ist die Kulturbranche. Konzerte und Aufführungen mussten abgesagt, Museen geschlossen werden. Viele Kulturschaffende stehen wirtschaftlich vor dem Nichts und suchen sich eine Arbeit ausserhalb der Kulturbranche. Es droht ein irreparabler Verlust von Knowhow und gesellschaftlich-kultureller Identität. Und auch der wirtschaftliche Schaden ist beträchtlich, denn die Kulturbranche auch ein Wirtschaftssektor mit 300'000 Stellen, der rund 3 Prozent zum BIP beiträgt. Die Corona-Krise hat die prekären Arbeitsbedingungen in der Kultur schonungslos offen gelegt. Diese sind die Folge eines Wirtschaftssystems, das auf die speziellen Arbeitsbedingungen einer kreativen Branche wie der Kultur keine Rücksicht nimmt und Kulturschaffen nicht oder zu wenig als Arbeit anerkannt.

Für die Kultur wie für andere Branchen gilt: **Die Betroffenen brauchen dauerhafte Unterstützung bis zum Ende der Pandemie und darüber hinaus. Und statt Branchenlösungen und Einzelmassnahmen braucht es ein robustes und planungssicheres Unterstützungssystem für alle Menschen und Unternehmen, die aufgrund der Corona-Krise ihren Betrieb einstellen mussten, Umsatzrückgänge erlitten oder sonst unverschuldet wirtschaftlich geschädigt wurden.**

Ziel ist, so viele Jobs und Betriebe wie möglich zu sichern, weil sonst die wirtschaftliche Erholung nach der Krise noch schwieriger wird. Ziel ist ebenfalls, die Einkommen und damit die Kaufkraft zu erhalten. Einerseits aus der Perspektive der Betroffenen, weil Rechnungen, Miete und Krankenkassen-Prämien auch in der Krise bezahlt werden müssen. Andererseits aus volkswirtschaftlicher Sicht, weil ein Einbrechen der Binnennachfrage die Krise noch weiter verschärfen würde. Aus finanzpolitischer Sicht sind Soforthilfen deutlich kostengünstiger, als wenn Konkurse mit zehntausenden von Arbeitslosen sowie ein Anstieg bei der Sozialhilfe als Folge der Untätigkeit in Kauf genommen werden.

Darum befürwortet die SP das Konzept der Allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV). Die AEV würde sämtliche Risiken in Zusammenhang mit unfreiwilliger Erwerbslosigkeit decken, unabhängig von der Ursache (Stellenverlust, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit etc.). Und die AEV würde wichtige Lücken schliessen (Krankentaggeld, Ergänzungsleistungen für

Familien mit geringem Einkommen, Einbezug der selbstständig Erwerbenden). Die bestehende Arbeitslosenversicherung (ALV) mit ihrer Ausrichtung auf die «klassische» Vollzeit-Berufskarriere hat sich in der Corona-Krise nur bedingt als praxistauglich erwiesen. Wer eine atypische Berufskarriere ohne Festanstellung aufweist, fällt durch die Maschen. Auch Freischaffende und Selbständige sind durch die ALV nur beschränkt versichert. Die Allgemeine Erwerbsversicherung wird als Idee schon seit einigen Jahren diskutiert. Nach der Corona-Krise ist es Zeit, aus den Diskussionen ein konkretes Reformprojekt zu machen.

Seit Beginn der Corona-Krise hat die SP gegen den über lange Zeit erbitterten Widerstand der rechten Parteien und der Konzernlobby bereits Erfolge erzielt.¹ Die Kurzarbeitsentschädigung wurde verlängert und für Personen mit tiefen Löhnen erhöht, die Unterstützung wurde auf direkt und indirekt betroffene Selbständige ausgedehnt und die Entschädigungsdauer für Arbeitslose verlängert. Zudem konnte dank dem Engagement der SP die Inkraftsetzung der neuen Überbrückungsleistungen um ein halbes Jahr vorgezogen werden. Natürlich gab es auch Rückschläge. So versenkten die Bürgerlichen nach monatelangem Hinhalten den Kompromiss zum Teilerlass der Mietkosten. Und auch bei den Kitas ist die finanzielle Unterstützung noch immer ungenügend.

Es ist richtig, dass die Schweiz in der ersten Phase die Betroffenen unterstützt hat. Dass der Bundesrat schon am 20. März ein Hilfspaket in der Höhe von 40 Milliarden Franken zur Verfügung stellte, war fast schon historisch. Leider hat sich im bürgerlichen Lager die Erkenntnis noch nicht durchgesetzt, dass es noch mehr öffentliche Gelder brauchen wird – und zwar über einen längeren Zeitraum. Dabei ist klar: Die Schweiz hat die Mittel, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzufedern. Erstens hat der Bund der Bund in den letzten Jahren Milliarden Überschüsse erzielt, alleine seit 2010 über 20 Milliarden. Allerspätestens jetzt muss das verfügbare Geld ausgegeben werden. Zweitens ist eine Neuverschuldung angesichts der international rekordtiefen Schuldenquote der Schweiz unbedenklich. Mehr noch: In Zeiten von Negativzinsen ist die Aufnahme von Schulden für die öffentliche Hand sogar ein vorteilhaftes Geschäft. Würde die Schweiz wie fast alle anderen Länder neue Schulden aufnehmen, würde dies auch ein wenig Druck vom Frankenkurs nehmen.

Darum fordert die SP: Die Schweiz muss so viel Geld zur Verfügung stellen, wie nötig ist, um alle von der Corona-Krise betroffenen Menschen und Unternehmen, die unverschuldet in finanzielle Nöte geraten sind, so zu entschädigen, dass Einkommen und Arbeitsplätze erhalten bleiben und die Konjunktur stabilisiert wird.

- 1) Die **Erhöhung der Kurzarbeitsentschädigung** für Tiefstlöhne war ein erster Schritt. Zum Erhalt der Kaufkraft müssen **im Falle von Kurzarbeit alle Löhne bis zum Medianlohn zu 100 Prozent** entschädigt werden.
- 2) Bei der **Arbeitslosenversicherung (ALV) müssen die repressiven Massnahmen bis zum Ende der Krise ausgesetzt werden**. Für viele Betroffene – zum Beispiel

¹ Die ausführliche Liste mit allen Vorstössen und Erfolgen der SP seit Beginn der Corona-Krise findet sich hier: <https://tsuери.cloud/s/2LpbkNjBLwyrT5E>

im Kulturbereich – ist die Suche nach einer neuen Stelle aussichtslos, solange die Krise andauert.

- 3) Die Härtefall-Hilfen und Covid-Kredite sollen für stark betroffene Betriebe in **À-fonds-perdu-Beiträge für alle ungedeckten Fixkosten** umgewandelt werden. Ziel muss sein, Konkurse und Arbeitslosigkeit zu verhindern.
- 4) Die **administrativen Abläufe zum Bezug von Entschädigung müssen deutlich vereinfacht und beschleunigt** werden, damit die Hilfen dort ankommen, wo sie benötigt werden.
- 5) Es braucht einen **spezifischen Berufsstatus für Kulturschaffende** auf nationaler Ebene, der juristisch und administrativ anerkannt wird.
- 6) Die SP unterstützt die **Einrichtung eines Systems der Existenzsicherung für Kulturschaffende** nach dem Vorbild des Kantons Zürich.
- 7) Menschen und Familien mit wenig Geld sind von der Krise besonders hart betroffen. Die SP fordert darum **einmalige Corona-Direktzahlungen an Einzelpersonen und Haushalte in finanziell prekären Situationen**.
- 8) Nach dem Scheitern des Mietkosten-Kompromisses im Nationalrat wird die SP **auf kantonaler Ebene eine Lösung für die Übernahme der Mietkosten von Geschäften** suchen. Vorbild ist das «Basler Modell» (Je ein Drittel der Miete bezahlt durch Mieter, Vermieter und Staat). Dies für den Fall, dass die Direkthilfe (Härtefall-Regelung) nicht auf die Entschädigung der ungedeckten Fixkosten ausgedehnt wird. Die SP wird sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung dieser Unterstützung durch eine Immobiliensteuer oder eine Steuer für Vermögende gewährleistet wird.
- 9) Die ohnehin hohen Mietkosten sind auch für Privatpersonen ein Problem. Wenn in der Corona-Krise das Einkommen schrumpft, dann spitzt sich dieses Problem zu. **Die SP unterstützt darum den Ausbau des Mieter:innenschutzes für Privatpersonen**. So sollen Kündigungen aufgrund von Mietrückständen erschwert werden.
- 10) Es braucht einen **Ausbau der 2020 vom Parlament beschlossenen Überbrückungsleistungen** für Menschen, die kurz vor dem Pensionsalter ihre Stelle verlieren. Insbesondere soll die Altersschwelle von 60 Jahren für den Anspruch auf Überbrückungsleistungen gesenkt werden.
- 11) Die Corona-Krise kann jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben erschweren. Um einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern, soll die Schweiz eine **Jugendgarantie** analog zur EU schaffen. Die «EU-Jugendgarantie» hat die Jugendarbeitslosigkeit in der EU in den letzten fünf Jahren deutlich reduziert.
- 12) Der **Umbau der Arbeitslosenversicherung (ALV) in eine Allgemeine Erwerbsversicherung (AEV)** muss ernsthaft angegangen werden. Die AEV soll neben Er-

satzleistungen im Fall von Erwerbslosigkeit auch Umschulungen und Weiterbildungen ermöglichen und unterstützen.

3. SERVICE PUBLIC: IN DER KRISE ZEIGT SICH DER WERT DES SERVICE PUBLIC

«Systemrelevanz» ist ein prägender Begriff der Corona-Krise. Als das Land im März plötzlich still stand, wurde offensichtlich, welche Berufe für das Funktionieren unserer Gesellschaft unverzichtbar sind. Pflegefachleute, Ärztinnen, Pöstlerinnen, Strassenreiniger, Busfahrerinnen, Supermarkt-Kassierer und viele mehr – sie mussten trotz Lockdown weiter an ihrem Arbeitsplatz erscheinen, vielfach unter prekären Bedingungen. Der Applaus, der ihnen von den Balkonen gesendet wurde, reicht aber nicht.

Viele dieser Berufe haben eines gemeinsam: Sie sind zu wenig gut bezahlt und die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Eine Verbesserung ist dringend nötig. Nicht nur aus Dankbarkeit, sondern damit wir als Gesellschaft für die nächste Krise gewappnet sind. Denn wenn sich gerade im Gesundheitsbereich die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht schnell bessern, dann droht ein Exodus. Und das würde sich spätestens in der nächsten Gesundheitskrise rächen.

Auch die Kinderbetreuung wurde im Lockdown plötzlich als systemrelevant erkannt. Eine weitere Branche mit tiefen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen. Und es ist kein Zufall, dass auch in dieser Branche der Frauenanteil hoch ist. Die SP fordert schon lange, dass Kitas Teil des Service public werden. Die Corona-Krise hat die Dringlichkeit dieser Forderung nochmals unterstrichen. Kitas sollen genau wie obligatorische Schulen von der öffentlichen Hand angeboten und finanziert werden. Damit sinken für Eltern die hohen Betreuungskosten. Und die Kita-Angestellten werden endlich angemessen bezahlt.

Der Staat hat in der Krise seine Handlungsfähigkeit bewiesen. Daran ändern auch die Unzulänglichkeiten vor und während der zweiten Welle nichts. Sowohl in der Schweiz wie international gilt: Immer wenn die Lage ernst wird, muss der Staat einschreiten. Nicht die «unsichtbare Hand» des Marktes gibt in der Krise Sicherheit und Orientierung, sondern die demokratisch legitimierte öffentliche Hand.

Ein Paradebeispiel für die Überlegenheit von Kooperation und Solidarität über Wettbewerb und Kapitalismus ist die Entwicklung der Corona-Impfstoffe. Es war nur möglich, innert weniger als einem Jahr einsatzfähige Impfstoffe zu entwickeln, weil Staaten und Organisationen Milliarden in die Forschung investiert haben, weil sie die Pharmafirmen zur Zusammenarbeit verpflichtet haben und weil Forschungsergebnisse offen geteilt wurden. Kurz: Die Weltgemeinschaft hat in der Krise für einmal solidarisch gehandelt und war damit erfolgreich. Allerdings muss diese Solidarität auch bei der Verteilung der Impfstoffe spielen. Der sich anbahnende Impf-Nationalismus der reichen Länder des Nordens ist inhuman und behindert eine effiziente Pandemie-Bekämpfung.

Darum fordert die SP: Die öffentliche Infrastruktur ist systemrelevant und darum Teil des Service public. Dazu gehören auch Bereiche, die heute noch nicht als Service public anerkannt werden wie beispielsweise die Kinderbetreuung.

- 1) Die **Löhne und Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich müssen rasch verbessert werden**. Ausserdem müssen die Institutionen im Gesundheitswesen generell aufgewertet werden. Nicht nur finanziell und in Sachen Ausrüstung, sondern auch mit wirksamen Anstrengungen für Aus- und Weiterbildung. Schliesslich sollen Mitarbeitende im Gesundheitsbereich eine Einmalzahlung für die in der Corona-Krise geleistete Arbeit erhalten.
- 2) **Kinderbetreuung ist Service public**. Kitas müssen wie Kindergärten und Schulen gebührenfrei von der öffentlichen Hand angeboten und über Steuergelder finanziert werden.
- 3) Die SP fordert ein **Abbaumoratorium beim Service public und parallel dazu ein Moratorium für die Senkung von Gewinnsteuern und jegliche weitere Steuer-senkungen, von welchen vor allem die Besitzenden und Vermögenden profitieren**. Löhne und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst dürfen auch auf kantonaler Ebene nicht verschlechtert werden. Im Gegenteil: Es braucht Verbesserungen für das Personal in ebenfalls systemrelevanten Bereichen, die nicht in öffentlicher Hand sind (Logistik, Verkehr, Post etc.).
- 4) Die **Kontrolle der Besitzverhältnisse der öffentlichen Infrastruktur** gehört in staatliche Hände. Das gilt auch für heute private oder teilprivate Bereiche, die faktisch von der öffentlichen Hand subventioniert werden, z.B. Flughäfen.
- 5) Die Corona-Impfstoffe konnten nur dank Kooperation und staatlicher Förderung so rasch entwickelt und zugelassen werden. Sie dürfen nicht zu Goldesel für private Pharmakonzerne werden. Darum soll der **Patentschutz für Corona-Impfstoffe für die Dauer der Pandemie ausgesetzt** werden, auch um die Produktion der Impfstoffe zu beschleunigen und günstiger zu machen.
- 6) Die Krankenkassen haben Reserven in der Höhe von knapp 10 Milliarden Franken angehäuft. Angeblich wurden diese Reserven für den Pandemiefall gebildet, nun zeigt sich, dass es sie nicht braucht. **Die SP fordert eine Rückverteilung dieser Milliarden-Reserven an die Prämienzahlenden**.
- 7) Auch Medien sind systemrelevant und erhielten richtigerweise staatliche Unterstützung. Eine **öffentliche Journalismus- und Medienförderung**, wie sie die SP seit Jahren fordert, ist dringend nötig, wenn die Medienvielfalt nicht weiter abnehmen soll.
- 8) **Der Schulbetrieb muss sichergestellt werden, ohne dass die Schule selbst zu einem Ort der Ansteckung wird**. Deshalb braucht es bei einer Umstellung auf Fernunterricht zwingend flankierende Massnahmen und Szenarien zur Gewährleis-

tung des Rechts auf Bildung. Die Schliessung aller Schulen beziehungsweise das Verbot von Präsenzunterricht darf nur ein allerletztes Mittel sein.

4. POLITISCHE INSTITUTIONEN: ES BRAUCHT WIEDER REGELN, DIE VERSTANDEN, AKZEPTIERT UND BEFOLGT WERDEN KÖNNEN

Die Corona-Pandemie hat Gewissheiten erschüttert und Unsicherheit erzeugt. Auch wenn zum Glück bereits Ende 2020 mit Impfungen begonnen werden konnte, so wird die Pandemie noch Monate – wenn nicht Jahre – unseren Alltag bestimmen. Darum braucht es verlässliche Regeln, um die Unsicherheit zu reduzieren. Regeln, die von der Bevölkerung verstanden, akzeptiert und befolgt werden können.

Die SP hat an einer Medienkonferenz am 24. November 2020² ein Frühwarnsystem in Form eines «Ampelsystems» gefordert. Dieses soll objektive und quantifizierbare Stufen vorsehen, nach denen Massnahmen ausgelöst werden. Ausserdem sollen die Massnahmen möglichst einheitlich sein. Seither sind erste Schritte in diese Richtung unternommen worden. Der Bundesrat hat am 8. Dezember verschärfte und national einheitliche Regeln angekündigt und am 18. Dezember ein Mehrstufensystem beschlossen.

Die SP fordert, dass dieses mehrstufige System bis zum Ende der Krise beibehalten und weiter ausgebaut wird. Das Entscheidungssystem muss transparent und kohärent sein, mit wissenschaftlich fundierten und konstanten Kriterien für die Auslösung von Massnahmen, sowohl vertikal (Koordination zwischen Bund und Kantonen) wie horizontal (Koordination zwischen Kantonen). Regionale Differenzierungen sind ebenfalls nur aufgrund transparenter und objektiver Kriterien zulässig und nicht aufgrund subjektiver Einschätzungen.

Diese klaren Regeln und Kriterien sind notwendig, um der Bevölkerung und den Unternehmen ein Mindestmass an Planungssicherheit zurückzugeben. Ein mehrstufiges und regelbasiertes System wird auch in der Phase der Lockerungen hilfreich sein, damit die Lockerungen auf Basis empirischer Daten beschlossen werden und nicht wie im Frühling willkürlich auf Druck der diversen Lobbys und Interessenvertreter.

Ebenfalls ist für die SP klar, dass der Bundesrat bis zum Ende der Corona-Krise seine Führungsverantwortung wahrnehmen muss. Ob es dafür die «ausserordentliche Lage» braucht, ist letztlich sekundär. Viel wichtiger ist, dass der Bundesrat wieder stärker gewillt ist, zu führen und die Kantone gegebenenfalls auch zu übersteuern. Gerade mit Blick auf die Phase der Lockerungen wäre es fatal, wenn sich erneut ein föderalistischer Flickenteppich über die Schweiz ausbreiten würde.

² Die Unterlagen zur Medienkonferenz vom 24.11.2020 finden sich hier: <https://www.sp-ps.ch/de/publikationen/medienmitteilungen/sp-fordert-eine-gesamtstrategie-zur-bekaempfung-der-corona-krise>

Darum fordert die SP: Der Bundesrat muss bis zum Ende der Corona-Krise seine Führungsverantwortung wieder übernehmen und landesweit einheitliche, wissenschaftlich fundierte und verständliche Massnahmen durchsetzen.

1. Die Schweiz soll ein **mehrstufiges, transparentes und kohärentes Kriterien basierendes System mit Massnahmen** einführen und bis zum Ende der Krise beibehalten («Ampelsystem»).
2. Das Massnahmensystem muss **evidenzbasiert sein und auf belastbaren und quantifizierbaren wissenschaftlichen Kriterien** beruhen.
3. **Lockerungen dürfen nur erfolgen, wenn die definierten Kriterien erfüllt sind.** Und nicht willkürlich auf Druck von Lobbys und politischen Parteien.
4. In der Krise ist eine einheitliche und kohärente Kommunikation entscheidend, dies hat sich im Frühling gezeigt. Die **Verantwortung für die Information der Bevölkerung soll wieder primär beim Bund und beim Bundesrat** liegen.
5. Die Corona-Krise hat die Grenzen und Schwachstellen des Föderalismus offen gelegt. Nach Überwindung der Krise braucht es eine **Diskussion über den Föderalismus im 21. Jahrhundert.** Dabei soll es nicht um nostalgische Strukturhaltung gehen, sondern um die Frage, wie unsere Institutionen ausgestaltet sein müssen, damit jede Staatsebene jene Aufgaben, für die sie geeignet ist, am besten erfüllen kann. Insbesondere drängt sich ein kritischer Blick auf die politische Steuerung - respektive die Schwächung der politischen Steuerung – als Folge des KVGs auf.

AUSBLICK: DIE SYSTEMISCHEN URSACHEN DER KRISE ERKENNEN UND BEHEBEN

Heute stecken wir noch mitten im Krisenbewältigungsmodus. Der Zeithorizont dieses Papiers ist darum bewusst kurzfristig: Wie überstehen wir die nächsten sechs Monate? Wie können wir die Zahl der Erkrankten und Toten senken? Wie schaffen wir es, so viele Arbeitsplätze und Betriebe wie möglich zu sichern und die Einkommen zu garantieren? Wir hoffen, dass wir darauf ein paar Antworten geben konnten.

Viele weitere, tiefer gehende Fragen zu den Ursachen und Folgen der Corona-Krise bleiben in diesem Papier hingegen noch unbeantwortet. Ungleichheit, Rückverteilung, Gleichberechtigung der Geschlechter, solidarische Krisenfinanzierung, Ankurbelung der Konjunktur, Globalisierung, Aufwertung der Pflege, Finanzierung und Organisation des Gesundheitssystems, Rolle der Pharmaindustrie, krisenfeste Demokratie, Verhinderung von Zoonosen durch eine Reduktion des Konsums von Tierprodukten und eine verbesserte Tierhaltung – alle diese Themenfelder verdienen eine vertiefte Betrachtung.

Die SP wird im Hinblick auf die Delegiertenversammlung vom 8. Mai 2021 Forderungen vorlegen, wie die Krisenbewältigung solidarisch finanziert werden kann und wie die Wirtschaft nachhaltiger und demokratischer aus der Krise hervorgehen kann. Gerade die Kri-

senfinanzierung ist alles andere als eine nebensächliche technokratische Frage. Wenn in der Corona-Krise die 300 Reichsten der Schweiz noch reicher werden, während Hunderttausende um ihre Existenz bangen und kein Einkommen haben, dann droht nach der Gesundheitskrise eine sozialen Krise mit riesiger Sprengkraft. Darum ist schon heute klar: Die Krise muss von jenen finanziert werden, die davon profitiert haben und von jenen, die in den letzten Jahren stets entlastet wurden: Konzerne, Kapitaleigner:innen, Vermögende. Eine Erhöhung der Steuern auf Arbeitseinkommen oder der Konsumsteuern (Mehrwertsteuer) zur Finanzierung der Krise lehnt die SP ab.

Am Parteitag vom 31. August 2021 ist dann geplant, eine Grundsatzdebatte über die Lektionen zu führen, welche die Schweiz aus der Corona-Krise ziehen muss. Eine zentrale Frage wird dabei sein, wie wir die Erkenntnisse aus der Corona-Krise für die Bekämpfung der Klima-Krise nutzen können. Denn eines hat die Pandemie bewiesen: Im Notfall können Regierungen, Unternehmen und Gesellschaften extrem schnell und effektiv handeln. Auch die Klima-Krise ist dringlich und erfordert entschiedenes Handeln.